

Die Zukunft der SozialistInnen liegt links - von der SPD

von Ralf Krämer*

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler, seit 1993 Redaktionssekretär der spw, 1976-1999 Mitglied der SPD, 1988-1993 Landesvorsitzender der Jusos in NRW, 1992-1996 Mitglied des SPD-Landesvorstands.

Nach mehr als 23 Jahren Mitgliedschaft in der SPD und politischer Aktivität in der Sozialdemokratie bin ich zu der Auffassung gelangt, dass das weitere Festhalten an der parteipolitischen Orientierung auf die SPD für SozialistInnen keine überzeugende Perspektive mehr bietet. Wenn dabei hier und im Folgenden von "SozialistInnen" die Rede ist, verstehe ich darunter nicht einfach mehr oder minder linke SozialdemokratInnen, sondern Leute, die eine Perspektive einer Überwindung der gesellschaftlichen Herrschaft des Kapitals verfolgen (vgl. Editorial 1994). Frühere Begründungen für die "Sozialdemokratie-Orientierung", die ich selbst mit vertreten habe, haben sich m.E. durch die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse und der Rolle der SPD darin historisch erledigt. Diese Überzeugung hat sich bei mir im Verlauf der letzten Jahre entwickelt und immer weiter verfestigt und wurde durch die Entwicklungen im Jahr 1999 endgültig bestätigt. Mein bevorstehender Austritt aus der SPD ist also kein spontaner Entschluss. Aktuelle Entwicklungen und emotionale Reaktionen darauf spielen zwar für die Motivation eine Rolle, sind aber nicht der letztlich ausschlaggebende Grund. Das bedeutet andererseits, dass kurzzeitige vermeintliche Erfolge der SPD-Linken etwa auf Parteitage oder bei der Modifikation einzelner Gesetzesvorlagen an dieser Überzeugung nichts änderten, weil ich es nicht für realistisch halte, dass diese einen grundsätzlichen und anhaltenden Wechsel der Entwicklungsrichtung der SPD einleiten können.

In Bezug auf die parteipolitische Ebene halte ich es für die zentrale Aufgabe von SozialistInnen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten, eine massenwirksame linke, sozialistische Alternative zur SPD aufzubauen. Eine solche linke Konkurrenz könnte für relevante Teile der Bevölkerung auch in Westdeutschland als wählbar erscheinen, relevanten sozialen Gruppen und Interessen, die früher in der SPD ihre Vertretung sahen oder die sich neu und bisher ohne parteipolitischen Bezugspunkt für ihre progressiven Ansprüche entwickeln, eine neue Artikulationsmöglichkeit bieten, und als

Bezugspunkt für Linke in Gewerkschaften und demokratischen Bewegungen fungieren. Sie dürfte dann auch für die weitere Entwicklung der SPD von größerer Bedeutung sein als das innerparteiliche Engagement von Linken in der SPD. M.E. ist klar, dass nach Lage der Dinge eine solche linke Alternative nur gemeinsam mit der PDS zu entwickeln ist bzw., wenn keine relevante organisierte Abspaltung von der SPD erfolgt, die in Westdeutschland gemeinsam mit ehemaligen linken Grünen und Parteilosen einen eigenen Beitrag zu einem möglichen gemeinsamen Projekt einbringen könnte, nur in der entsprechenden Weiterentwicklung der PDS selbst bestehen kann.

Mit dem folgenden Text versuche ich, die wichtigsten Gesichtspunkte und Überlegungen zusammenfassend darzustellen, die mich zu diesen Auffassungen gebracht haben. Daraus die praktischen Konsequenzen zu ziehen, ist einerseits für mich persönlich auch eine Frage des sich selbst und seine eigenen politischen Überzeugungen und theoretischen Erkenntnisse Ernstnehmens sowie der Kontinuität und Kohärenz und des persönlichen Sinns des politischen Engagements. Andererseits ist es keine private, sondern eine politische Position und also darauf gerichtet, sich mit anderen auseinanderzusetzen und mit möglichst vielen gemeinsam und mit möglichst großer Wirkung politisch zu handeln. Der Text soll deshalb auch ein Anstoß für eine Debatte von SozialistInnen und Linken in und im Umfeld der Sozialdemokratie und insb. im spw-Zusammenhang sein.

LinkssozialistInnen und SPD im 20. Jahrhundert

Seit der historischen Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten und verstärkt nach der dadurch mitverursachten Niederlage gegen den Faschismus bzw. Nationalsozialismus spielt die "Organisationsfrage" eine wichtige Rolle in der sozialistischen Linken. Die linkssozialistische Tendenz, in deren Tradition sich der spw-Zusammenhang versteht, hat sich dabei zunächst im Zuge der Auseinandersetzung um die Haltung zum 1. Weltkrieg von der SPD getrennt und einige Jahre später dann mit der Rest-USPD wieder mit der SPD vereinigt, weil sie nicht bereit war, sich dem Vorherrschaftsanspruch der KPdSU und ihres autoritären Sozialismusmodells zu unterwerfen. Kalter Krieg und Systemgegensatz zementierten die Spaltung der Arbeiterbewegung und waren mit einer weitgehenden Marginalisierung marxistisch orientierter Linker in der Sozialdemokratie verbunden. Erst im Gefolge der 68er Bewegung erstarkten wieder auch linke sozialistische Kräfte in der Sozialdemokratie, insb. bei den JungsozialistInnen.

In den "Herforder Thesen" begründete die Strömung um die spw 1980 ihre politisch-organisatorische Perspektive als marxistische SozialdemokratInnen in Anlehnung an Wolfgang Abendroth damit, dass die SPD "die Partei in der Bundesrepublik ist, die am stärksten sozial und politisch in der Arbeiterklasse verankert ist"; insb. die gewerkschaftlich und politisch engagierten Lohnabhängigen orientierten sich auf die SPD (47. These). Da diese Klasse nach wie vor *das* potenzielle Subjekt sozialistischer Umgestaltung der Gesellschaft sei (23. These), sei die zentrale und "prinzipiell lösbare Kampfaufgabe", eine starke Linke in der SPD aufzubauen und diese zu einer mehrheitlich konsequent sozialistischen Partei umzuwandeln (49. These). Dabei wurde die Bedeutung außerparlamentarischer Bewegungen und insb. der Gewerkschaften für einen solchen Prozess gesehen und für eine Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Kräften außerhalb der SPD plädiert.

In den "53 Thesen" des "Projekt Moderner Sozialismus" von 1989 ist von der - unrealistischen - Perspektive einer konsequent sozialistischen SPD nicht mehr die Rede. Stärker als vorher wird auf die historischen Erfolge des realen sozialdemokratischen Reformismus Bezug genommen und die Perspektive einer neuen Etappe dieses Reformismus entwickelt, in deren Verlauf "zugleich die objektiven wie subjektiven Bedingungen und Potenzen für weitergehende Umgestaltungen zu entwickeln" sind (Thesen 16, 35 und 36). Als zentrale Aufgabe wird die Formierung und politische Fundierung eines Fortschrittsblocks bzw. "Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur" als soziales Subjekt dieses Projekts beschrieben, zwar auf einer gewerkschaftlich orientierten klassenpolitischen Basis, dennoch als Erweiterung gegenüber der traditionellen Bezugnahme auf die ArbeiterInnenklasse (These 49). Die Erfolgsmöglichkeiten auch dafür entschieden sich aber "innerhalb der Sozialdemokratie, der SPD mit ihrer sozialen Verankerung und ihren gesellschaftlichen und internationalen Beziehungen. Hier finden sich die strategisch bedeutsamsten Bezugspunkte für eine langfristig angelegte sozialistische Politik." (Ebd.)

Die implizite Voraussetzung dieser Argumentationen war die Annahme einer historischen Phase, in der perspektivisch der Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft anzustehen schien. Die längerfristige Gesamttendenz der Entwicklung schien durch den Ausbau "sozialistischer Elemente" im Kapitalismus gekennzeichnet zu sein, die als Ausgangspunkt weitergehender Perspektiven dienen könnten, und an deren Durchsetzung die SPD einen entscheidenden Anteil hatte. Bei aller Opposition in Einzelpunkten und Kritik an ihrer mangelnden Konsequenz und Reichweite war zumindest eine gewisse Zustimmung zur realen Politik der SPD bzw. ihrer

gesellschaftspolitischen Grundausrichtung gegeben oder erschien zumindest in absehbarer Zeit als wieder durchsetzbar. Die sozialistische Linke agierte real als der linke, immer weiter treibende Teil der reformistischen Sozialdemokratie. Die Hoffnung auf weitergehende sozialistische Veränderungen blieb zwar unerfüllt, aber getröstet wurden die Linken durch den gewissen Zugang zu Machtpositionen und zumindest partielle realpolitische Fortschritte, an denen sie mitwirkten - und durch die individuellen Karrieremöglichkeiten in der SPD und karrierefördernden Wirkungen der SPD-Mitgliedschaft in anderen Bereichen.

Die andere reale Voraussetzung war das Fehlen einer sinnvolleren parteipolitischen Alternative, in deren Rahmen SozialistInnen ihre Politik hätten entwickeln und gesellschaftlich wirksam einbringen können.

In den Austrittsdebatten und -bewegungen, die im Zuge zugespitzter innerparteilicher Auseinandersetzungen immer wieder auftraten (Berufsverbote, Atomenergie, Raketenrüstung, Sozialabbau, Asylrecht ...), konnte neben den og. theoretischen Begründungen immer auch auf diese weiterhin gegebenen realen Voraussetzungen verwiesen werden. Diese waren auch die implizite Bedingung für die eher pragmatische Begründung, dass Mitarbeit in der SPD für das Engagement von SozialistInnen in den verschiedensten Bereichen förderlich sein könne, auch wenn man diese - oder irgend eine andere - Partei keineswegs als entscheidende Organisation für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft betrachte (so Oertzen 1993 in Replik auf Brosch-Guesnet).

Diese Voraussetzungen sind m.E. nicht mehr gegeben. Die Mitgliedschaft in der und Orientierung auf die SPD stellen m.E. mittlerweile ein Hindernis und eine Desorientierung dar in dem notwendigen Bemühen um die Formierung sozialer und politischer Kräfte für eine andere, linke Politik.

Die Politik der SPD-Grüne-Koalition: ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück

Nachdem die neugewählte SPD-Grüne-Regierung zunächst diverse sozialpolitische Wahlversprechen, die wesentlichen Anteil an ihrem Wahlerfolg gehabt hatten, und die positiv zu bewertende erste Stufe der Steuerreform umsetzte, brachen unter Einwirkung des Drucks der Wirtschaft und wichtiger Massenmedien die inneren Widersprüche im Regierungslager immer deutlicher hervor. Der Rücktritt Lafontaines war nicht die Ursache, aber ein Signal, dass sich die offen kapitalorientierten Kräfte um Schröder, Hombach, Clement u.a. durchsetzten. Die aktive Rolle Deutschlands im NATO-Krieg gegen Jugoslawien einerseits und das "Zukunftsprogramm 2000" genannte Sozialabbau- und Sparprogramm markieren in zwei Kernfragen, dass Rot-Grün als sozial-ökologisches und auch

friedenspolitisches Reformprojekt am Ende ist, bevor es richtig begonnen hatte. Den ersten positiven Schritten hätten weitere in die selbe Richtung folgen müssen, statt sie als Begründung zu nehmen, nun wieder in die Gegenrichtung zu marschieren. In zentralen Fragen wird nicht nur in der Grundrichtung an die Politik der alten Koalition angeknüpft, auch die entsprechende rechte Argumentation und Propaganda wird mit einigen neuen Akzenten fortgesetzt (vgl. u.a. Krämer 1999). Damit leisten SPD und Grüne einen aktiven Beitrag zur politischen Desorientierung und Rechtsentwicklung des gesellschaftlichen Bewusstseins.

Statt als potenzielles Feld der Herausbildung und Artikulation einer fortschrittlichen sozialen Bündiskonstellation und der Durchsetzung einer von Linken angepeilten neuen, sozial-ökologischen Etappe des Reformismus zu fungieren, orientiert sich die SPD unter Führung des modernen Sozialliberalismus auf ein Bündnis der "neuen Mitte" mit innovativen Kapitalfraktionen. Die auch in der "neuen Mitte" weit verbreiteten solidarischen und auf soziale Gerechtigkeit gerichteten Einstellungen werden nicht für eine linke Politik aufgegriffen, sondern angeblichen Sachzwängen untergeordnet (vgl. Vester). Gewerkschaften und andere potenziell fortschrittliche soziale und politische Kräfte werden dabei über partielle Einbindung und wegen des Fehlens einer positiven Regierungsalternative neutralisiert, große Teile der sozialen Basis in die politische Resignation getrieben. Nicht sozial-ökologische Reform, sondern der Versuch sozial-integrativer Modernisierung des Wettbewerbsstaates steht im Mittelpunkt. Politische Prinzipien sind dabei, "keine Politik gegen die Wirtschaft" zu betreiben und die Unterordnung unter die von den USA dominierte NATO zur "Staatsraison" zu erklären (jeweils Schröder).

Weil dies nun von politischen Kräften vorgetragen und betrieben wird, die mit der Parole des Politikwechsels und der sozialen Gerechtigkeit angetreten waren, führt dies zu tiefgreifender Desorientierung, Frustration und Abwendung weiter Teile der Bevölkerung von SPD und Grünen. Aus linker Sicht hat dies den positiven Aspekt, dass es zeigt, dass sich die Leute auch von SPD und Grünen nicht Krieg und Sozialabbau als notwendig, friedlich, modern und gerecht verkaufen lassen. Das Problem besteht darin, dass sich diese prinzipiell von links ansprechbaren Einstellungen jedenfalls in Westdeutschland nicht in der Wahl einer linken Alternative niederschlagen, sondern in politischer Resignation und massiv sinkender Wahlbeteiligung.

Notwendig ist jedenfalls nicht ein Ende oder die Deeskalation der innerparteilichen Debatte, bessere Vermittlung oder kosmetisch-symbolische Detailkorrektur, sondern ein "Politikwechsel" gegenüber dem aktuellen Kurs der SPD-geführten

Regierung. Dies würde eine grundlegende Umorientierung oder die Ablösung und Unterordnung der die Partei dominierenden sozialliberalen Gruppen erfordern und erscheint daher unrealistisch. Realistischer ist leider, dass die Entfernung dieser Kräfte aus politischer Verantwortung durch die WählerInnen erledigt wird und die SPD-Grüne-Koalition nur der Zwischenschritt zu einer bisher nicht da gewesenen Dominanz der CDU/CSU ist, weil sie auch die früheren Gegengewichte im Bundesrat verspielt und die gesellschaftlichen Oppositionskräfte geschwächt hat. Die Hoffnung kann dann nur sein, dass sich die SPD nicht dauerhaft als - zumeist kleinerer - Partner der CDU einrichtet, sondern für eine Zusammenarbeit mit der Linken öffnet. (Der Text wurde im Herbst 1999 geschrieben. Durch die tiefe Krise der CDU in der Folge ihrer Spenden- und Schwarzgeldaffären stellt sich das mittlerweile anders dar - ohne dass die SPD ein Verdienst daran hätte oder das an ihrer Einschätzung etwas ändern würde.)

Neo-Sozialdemokratie und Neue Mitte

Ich betrachte diese Entwicklung als Ergebnis eines schon seit geraumer Zeit ablaufenden Veränderungsprozesses der Sozialdemokratie, die sich seit dem Zusammenbruch der DDR und des realsozialistischen Staatensystems immer mehr nach rechts entwickelt. Bereits nach der verlorenen Bundestagswahl 1994 analysierte ich die Politik der SPD als "sozialpatriotische Wirtschaftsförderungspartei" (Krämer 1994). Durch den Parteivorsitzenden Lafontaine wurde dies nur eine Zeitlang verdeckt und verzögert. Neu ist lediglich, dass bisher in der Landes- und kommunalen Politik mit gewissem Recht noch darauf verwiesen werden konnte, dass - insb. bei einer konservativ-liberalen Bundesregierung - nur eng begrenzte politische und finanzielle Spielräume für eine andere Politik vorhanden seien. Auf Bundesebene, wo die wesentlichen finanz- und sozialpolitischen und natürlich die außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden, trägt diese Ausrede nicht. In Wirklichkeit gibt es nicht "keine Alternative", sondern es fehlt am politischen Willen zur Durchsetzung der möglichen Alternativen und der damit verbundenen Konflikte mit mächtigen Gruppen in der Gesellschaft und im internationalen Rahmen.

Zwar haben sich in den letzten Jahren mit der Debatte um den neuen "Dritten Weg" neue Akzente und konzeptionelle Orientierungen entwickelt, die über eine bloß defensive Haltung gegenüber der neoliberalen Standort- und Globalisierungsdebatte hinausgehen, Stichworte "aktivierender Staat", "inszenierter Korporatismus", "linke Angebotspolitik" (vgl. etwa die Beiträge im Schwerpunkt der spw 2/99 und Krämer 1998). Diese

veränderte Funktionsbestimmung des Staates und der Sozialdemokratie reflektiert zum einen veränderte ökonomische und gesellschaftliche Bedingungen im Übergang zu "postfordistischen" Strukturen, aber ebenso zugunsten des Kapitals und der Rechten veränderte gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse. Das neo-sozialdemokratische Konzept des "Dritten Weges" versucht einen neuen Klassenkompromiss zu beschreiben, der aber massiv zugunsten des Kapitals verschoben ist. Die sozial schwächeren, marginalisierten und von Marginalisierung bedrohten Schichten der Lohnabhängigen stellen in diesem Konzept keine soziale Basis mehr dar, deren Interessen gefördert und die für ein Fortschrittsbündnis gewonnen werden soll, sondern lediglich noch Objekte der Integration und Ruhigstellung.

Dies reflektiert auch Verschiebungen in der sozialen Struktur der Mitgliedschaft und insb. der Funktions- und MandatsträgerInnen der SPD, die zunehmend von sozialen Aufsteigern und anderen Saturierten geprägt ist, deren gesellschaftliches Bewusstsein von ihrem relativ privilegierten gesellschaftlichen Sein und Umfeld geprägt wird, in dem Diskurse linker Gesellschaftskritik und -veränderung kaum noch eine Rolle spielen. Und soweit noch aus sozialdemokratischen Wertorientierungen gespeiste innerparteiliche Kritik und Forderungen an die Politik der SPD artikuliert werden, werden diese durch die fortschreitende Entmachtung der Parteiorganisation zugunsten einer auf die Massenmedien orientierten Politik der Führungszirkel von Partei und Fraktionen zur Wirkungslosigkeit verurteilt.

Diese Neo-Sozialdemokratie oder Neuer Sozialliberalismus stellt m.E. eine Abkehr vom traditionellen Reformismus der Sozialdemokratie dar und erst recht eine Abkehr von den im Berliner Programm skizzierten Ansätzen eines erweiterten Reformismus des sozial-ökologischen Umbaus. Ich betrachte das nicht als eine neue Entwicklungsetappe der Sozialdemokratie, wie sie bisher in der Tradition der Arbeiterbewegung und mit einem Projekt reformistischer Gesellschaftsgestaltung begriffen werden konnte, sondern als Metamorphose dieser zu einer Formation der politischen Mitte, die für sozialistische Kräfte mit der Perspektive der demokratischen Einschränkung und Überwindung der gesellschaftlichen Herrschaft des Kapitals keine Anschlussmöglichkeiten mehr bietet. Statt an der Weiterentwicklung der bisher im Rahmen des Kapitalismus erreichten "sozialistischer Elemente" zu arbeiten, spielt die heutige Sozialdemokratie zunehmend eine aktive Rolle bei deren Demontage.

Die subalterne SPD-Linke

Ich sehe auf absehbare Zeit keine realistische Perspektive, diese Entwicklung umzukehren -

jedenfalls nicht durch Anstrengungen innerhalb der SPD. Die offizielle SPD-Linke, insbesondere die Parlamentarische Linke, befindet sich in einer systematisch subalternen Position und fungiert unter den gegebenen Bedingungen als Mechanismus der Integration kritischer Potenziale statt ihrer Organisation und Mobilisierung für die Durchsetzung eines Kurswechsels. Dabei geht es nicht um individuelle Schuldzuweisungen, sondern um strukturelle Probleme. Es ist anscheinend unter den gegebenen Bedingungen schlicht nicht möglich, dass Linke in der SPD einen effektiven Kampf gegen gegnerische Positionen und Personen, die die Politik der eigenen Partei dominieren, organisieren und führen.

Die SPD-Linke, von der einige ihrer Vertreter gelegentlich sogar behaupten, sie habe Mehrheiten in der Bundestagsfraktion und auf Parteitag, ist in Wirklichkeit v.a. ein auf alten Verbundenheiten, oft noch aus Juso-Zeiten, gegründeter Zusammenhang gegenseitiger personeller Unterstützung, der in weiten Teilen inhaltlich eher die Mitte der Partei darstellt (vgl. etwa Scholz). Die inhaltlich ausgewiesene Linke stellt nur eine Minderheit von maximal einem Viertel auf Parteitag und noch deutlich weniger in Bundestagsfraktion und Parteivorstand dar. Diese verfügt schon seit langem über keine Durchsetzungsfähigkeit mehr, ihre Erfolge bestehen in für die Praxis letztlich irrelevanten Zugeständnissen bei der Formulierung von Parteitagsbeschlüssen und einer gewissen personellen Beteiligung in der zweiten oder hinteren Reihe.

Mehr noch, diese Linke versucht nicht einmal ernsthaft, ihre potenzielle innerparteiliche Macht, die sie auch als Minderheit hätte, wenn sie organisiert und konsequent handeln würde, zur Geltung zu bringen. Jede Diskussion in diese Richtung führt gleich zu lähmender Furcht vor dem Vorwurf der Fraktionierung oder gar Abspaltung, der zum Verlust der bisherigen innerparteilichen Akzeptanz und personellen Berücksichtigung führen könnte. Die meisten Linken konzentrieren sich lieber auf ihre persönliche Karriere und ihre Spezialthemen, statt organisiert gemeinsam mit anderen Linken für politische Schwerpunkte zu kämpfen. Dazu kommen die Individualismen, Eitelkeiten und Rivalitäten untereinander, die durch keinen innerlinken Sanktionsmechanismus in Grenzen gehalten werden. Parteilinkenkreise, die auch GenossInnen aus den Untergliederungen und den Arbeitsgemeinschaften einbeziehen und linke Ansprüche artikulieren und an die "Promis" herantragen, können an diese nur Appelle richten - wenn die "linken" Promis an diesen Kreisen überhaupt noch teilnehmen (vgl. Krämer 1996).

Der Zwang, die Politik der Partei zumindest grundsätzlich mitzutragen, insb. wenn sie die

Regierung stellt, führt dazu, dass die meisten Linken in der SPD für die öffentliche Artikulation und Mobilisierung linker Positionen ausfallen. Statt als Linke die SPD zu verändern, verändert der Anpassungsdruck an das vermeintliche Interesse der Gesamtpartei - als ob diese ein Selbstzweck wäre - die ehemals Linken in der SPD. Nur wenige widerstehen dem auf Dauer, sei es aus Opportunismus oder aus mangelnder politisch-inhaltlicher Substanz und fehlender Einbindung in linke Diskurse und Diskussionszusammenhänge, ohne die es nicht geht. Und die das durchhalten, haben kaum eine Chance, in Führungspositionen zu gelangen und dort ihre linken Positionen zur Geltung zu bringen. Nur Jusos haben da bisher eine linke Nische - mal sehen, wie lange noch. Die meisten Linken lassen sich weichspülen und wirken letztlich mit an der innerparteilichen und öffentlichen Durchsetzung und Vertretung der sich nach rechts entwickelnden Politik.

Dieses Defensivverhalten wird daran deutlich, dass seit Jahren immer wieder die Kompromisse des jeweils letzten Parteitages, die damals weit hinter den Forderungen der Linken zurückblieben, in den kommenden Auseinandersetzungen als Messlatte der Linken angelegt werden, was nicht verhindern kann, dass sich die Führung nicht darum schert. Trotzdem muss man dann solidarisch bleiben, Beschlüsse mittragen, und auch auf dem nächsten Parteitag kann man natürlich die Führung nicht desavouieren, alles ist konstruktiv, die Linke bekommt einige Formulierungen, und so geht es munter weiter nach rechts. Auch die Positionen der SPD-Linken (incl. der Jusos) selbst entwickeln sich dabei nach rechts, um nicht völlig die Verbindung zu den in der Partei überhaupt noch ernsthaft diskutierbaren Kontroversen zu verlieren. Viele scheinen gar nicht mehr zu merken, wie weit die von ihnen vorgetragenen Positionen mittlerweile hinter den ursprünglich mal für richtig und notwendig gehaltenen und in der Sache immer noch richtigen zurückbleiben (z.B. in der aktuellen Debatte um die Finanzpolitik, zum Vergleich etwa AG Finanzen 1996).

Die Behauptung, trotz alledem könne man durch konstruktive Mitarbeit "mitgestalten", trifft normalerweise nur auf politisch sehr bescheidene Detailfragen und Einzelfälle zu, nicht auf die Kernfragen und Richtungsentscheidungen, die von engen Führungscliquen getroffen werden. Insbesondere halte ich es für eine Illusion, durch bessere Argumente und Konzepte, die Linke in die Debatte einbringen, politische Richtungsänderungen herbeiführen zu können. Politik ist nicht herrschaftsfreier Diskurs, und die Kriterien der Führungen, was "besser" ist, sind nicht die der Linken. Es gibt keine Chancengleichheit für die politischen Vorstöße von links und rechts, weil

rechts stehen die gesellschaftlich Mächtigen. Schon Marx und Engels wussten, dass die Kritik nur dann eine wirksame Waffe wird, wenn sie die Massen ergreift. Prinzipiell kann man mit diesem Argument, "mitgestalten" und "Schlimmeres verhindern", jedes Mitmachen mit jeder noch so rechten Politik rechtfertigen, denn selbstverständlich könnte es auch noch schlimmer kommen. Nicht reflektiert wird dabei, welche negativen Folgen mit dieser Haltung verbunden sind, wenn man über die Binnensicht von Partei und Fraktion und die dort gepflegte Taktiererei hinaus die politische Öffentlichkeit und die gesellschaftliche Basis für linke Politik in den Blick nimmt.

SozialistInnen in der Sozialdemokratie: ein historisches Auslaufmodell

Ich betrachte diese Entwicklungen auch als Bestandteil eines historischen und internationalen Prozesses der Umgruppierung und Neuformierung sozialer und politischer Kräfte. Es würde den Rahmen sprengen, hier ausführlich auf die Debatte um Postfordismus und Informationsgesellschaft, Globalisierung und Neoliberalismus usw. einzugehen. Es erscheint mir jedenfalls als merkwürdig, dass im spw-Zusammenhang dabei zwar oft das Neue betont wird - gegenüber den im fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus in Westeuropa entwickelten Strukturen, nach dem Zusammenbruch des "Realsozialismus", in Hinsicht auf den Wandel der gesellschaftlichen Milieus und der Rolle der Sozialdemokratie, auch im Verhältnis zu den Gewerkschaften usw. - das traditionelle Engagement von SozialistInnen in der Sozialdemokratie aber weitgehend unhinterfragt fortgeschrieben wird. Im Editorial der "Neuen spw" 1994 ist davon die Rede, dass "es sinnlos geworden ist, alte politische und/oder organisatorische Frontstellungen einfach ungeprüft aufrechtzuerhalten, und dass stattdessen eine grundlegende Neuorientierung der sozialistischen Linken erforderlich geworden ist." Ich denke, dass wir das heute insb. auch auf das Verhältnis zur Sozialdemokratie einerseits und zu anderen Parteiformationen der Linken andererseits beziehen müssen.

In den meisten Ländern Westeuropas hat sich mittlerweile ein Parteiensystem entwickelt, in dem links von der Sozialdemokratie linke Parteien mit mehr oder minder sozialistischer Orientierung ein Potenzial von um die 10% der Stimmern haben. Diese Parteien haben national unterschiedliche Ursprünge aus kommunistischen, unabhängig sozialistischen, radikaldemokratischen und links-grünen Gruppierungen. In der Bundesrepublik Deutschland gab es unter den besonderen Bedingungen der Teilung keine relevante Linkspartei neben der SPD. Die SPD selbst erfasste große Teile des linken Potenzials und nahm innerhalb der

europäischen Sozialdemokratie eine Zeitlang eine relativ linke Position ein, eine Zeitlang haben auch die Grünen Teile dieses Potenzials erfasst. Mittlerweile besetzt die PDS zunehmend diesen Platz, mit aus ihrer Geschichte und einseitigen regionalen Verankerung in Ostdeutschland begründeten spezifischen Problemen.

Meine These ist nun, dass sich die zu Beginn genannten seit 1917 der Spaltung in Sozialdemokraten und Kommunisten zugrundeliegenden Spaltungslinien durch den Untergang der realsozialistischen Staaten und die noch laufende Neuorientierung der relevanten kommunistischen und sozialistischen Parteien Westeuropas historisch erledigt haben. Das gilt auch für die PDS in Deutschland. Damit bricht aber keine neue "Einheit der Arbeiterbewegung" unter dem weiten Mantel der Sozialdemokratie an, sondern auf der anderen Seite haben andere Spaltungslinien mit noch längerer Tradition eine gewachsene Bedeutung gewonnen, nämlich 1.: Unterordnung unter die Herrschaft des Kapitals oder Politik sozialistischer Gesellschaftsreform mit der Perspektive der Überwindung der Kapitalherrschaft sowie 2. in Verbindung damit: Unterordnung unter imperialistische Außen- und Militärpolitik oder eine internationalistische und antimilitaristische Politik. Unter der Dominanz dieser Spaltungslinien standen die LinkssozialistInnen historisch außerhalb der SPD. Dabei bin ich wie gesagt der Auffassung, dass die Unterordnung der "Neuen Sozialdemokratie" unter die Kapitalherrschaft ein historisch neues Niveau erreicht hat, das keine Vereinbarkeit und Anknüpfungspunkte für sozialistische Positionen mehr aufweist. Ich betrachte deshalb das Engagement von SozialistInnen in der Sozialdemokratie als historisches Auslaufmodell und gehe davon aus, dass sich in den kommenden Jahrzehnten die allermeisten derjenigen, die sich als SozialistInnen im og. Sinne verstehen, auf die genannten Parteien links von der Sozialdemokratie orientieren werden (soweit sie sich überhaupt auf Parteien orientieren).

Organisationsperspektiven von SozialistInnen im 21. Jahrhundert

Selbstverständlich ist auch die Debatte darüber zu führen, ob heutzutage "SozialistIn" als besonderes politisches Selbstverständnis und Orientierung noch Sinn macht und worin dieser besteht, und welches die sinnvollsten politischen Konzeptionen, Strategien und Taktiken von SozialistInnen in den kommenden Jahrzehnten sind. Um den Rahmen dieses Textes nicht zu sprengen, setze ich die Sinnhaftigkeit dieser Orientierung voraus und verzichte auch auf weitergehende inhaltliche Ausführungen, sondern beschränke mich auf die organisationspolitische Fragestellung. Diese lautet dabei zunächst, in welchem diskursiven und organisatorischen

Zusammenhang diese Debatte zu führen ist. Konsens dürfte darüber bestehen (wenn auch vielfach eher theoretisch als praktisch), dass der medial und über Veranstaltungen vermittelte Diskurs ohne parteipolitische Beschränktheiten mit allen zu führen ist, die einen Ansatz demokratischer sozialistischer Reformpolitik verfolgen, unter Einbeziehung der linken und der allgemeinen gesellschaftspolitischen Debatte.

Was die organisierten und kontinuierlichen Diskussionszusammenhänge angeht, spielt für mich sicherlich der spw-Zusammenhang weiter eine wichtige Rolle (auch wenn gemeinsame konzeptionelle Diskussion und Weiterentwicklung in den letzten Jahren nur wenig betrieben wurde). Für andere mag das für die Jusos oder die Juso-Linke gelten. Ich sehe aber aus og. Gründen nicht, dass die Debatten in der SPD, insb. auch die bevorstehende Programmdebatte, dafür noch relevant sind. Die Debatte in der PDS erscheint da interessanter. Das gilt zum einen für die Programmdebatte, aber auch für die tagespolitischen Positionierungen.

Im weiteren geht es um die organisationspolitischen Perspektiven bei dem Kampf um die Verankerung und Durchsetzung sozialistischer Politik. Dabei geht es m.E. in den nächsten Jahren und Jahrzehnten um einen neuen Anlauf zur Formierung der sozialistischen und linken Kräfte in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, der sich links von der Sozialdemokratie abspielen wird. Nicht nur der historische Impuls der Oktoberrevolution hat sich erledigt, auch der der Sozialdemokratie ist weitgehend erschöpft (vgl. auch Oertzen 1998). Sich an diesen Formierungsbemühungen - einschließlich ihrer konzeptionellen Dimension - zu beteiligen, halte ich für die Hauptaufgabe sozialistischer Linker in der kommenden Zeit.

Im Unterschied zu einigen anderen (vgl. etwa Buntenbach/Dräger) halte ich dabei aber die Frage der politischen Partei(en) der (sozialistischen) Linken für sehr wichtig und denke auch nicht, dass man sich da herumdrücken sollte. Das steht nicht im Gegensatz zu der Notwendigkeit, gesellschaftliche Netzwerke und Bewegung für linke, zukunftsfähige Politik zu entwickeln und die politische Verständigung unter verschiedenen Kräften der Linken voranzubringen. Unter den gegebenen Bedingungen der parlamentarischen Parteiendemokratie und der Mediengesellschaft sind die Parteien nicht nur zentral für die staatspolitische Geltendmachung und Umsetzung sozialistischer Politik, sie verfügen - wenn sie relevant, also in den Parlamenten vertreten sind - auch über unverzichtbare Möglichkeiten der öffentlichen Darstellung sowie organisatorische und finanzielle Ressourcen, auch für die Unterstützung außerparlamentarischer Initiativen und Bewegungen. Sie und ihre öffentlich bekannten VertreterInnen sind

auch wichtige Bezugs- und Orientierungspunkte für politisch wirksames linkes Massenbewusstsein, das andererseits in der Unterstützung und Wahl linker Parteien eine zentrale Artikulationsform findet.

Denkbare Projekte der Neugründung einer linken Sammlungspartei halte ich für unrealistisch. Sollte ein solches Projekt in Konkurrenz zur PDS betrieben werden, könnte es sogar zu dem worst-case-Ergebnis führen, dass in Westdeutschland und evt. auch auf Bundesebene gar keine linke Alternative zu SPD und Grünen mehr in den Parlamenten vertreten ist. Realistischerweise kann eine linke Alternative nur auf Basis oder gemeinsam mit der PDS entwickelt werden, wobei es bei allen damit verbundenen Problemen am wahrscheinlichsten ist, dass die PDS selbst entsprechend weiterentwickelt werden muss. Das reale Problem mit der PDS sind dabei weniger sektiererische Kräfte und Politiken in Westdeutschland. Die sind zwar nervig, aber das wird im Zuge der Stärkung und Entmarginalisierung der Partei eine immer geringere Rolle spielen - und der Eintritt ehemaliger linker SozialdemokratInnen in die PDS könnte das erheblich beschleunigen. Das Problem für die sozialistischen Linken besteht vielmehr darin, dass sich hinter aller linken Rhetorik in der PDS in Ostdeutschland eine ähnliche Rechtsentwicklung vollziehen könnte, wie wir sie aus der SPD kennen. Meine Zuversicht, dass sich dies in der PDS nicht durchsetzen wird, beruht nicht auf irgendeinem Vertrauen auf die Prinzipienfestigkeit ihrer Mitgliedschaft oder Funktionäre, sondern darauf, dass die PDS im eigenen Interesse eine politische Position im gesamtdeutschen Parteiensystem einnehmen muss, die sie eindeutig als sozialistische Partei links von der SPD profiliert. Ich denke, dass eine solche Partei in Gesamtdeutschland in den nächsten Jahren ein Potenzial von an die 10% hat und auch in Westdeutschland die realistische Chance, sich über die 5%-Hürde zu bewegen (vgl. Infratest dimap). Längerfristig können die Potenziale noch deutlich höher sein.

Selbstverständlich bleibt auch in Zukunft die SPD wichtig als notwendiger Partner für die Durchsetzung fortschrittlicher Reformpolitik. Aber entscheidend für ihre weitere Entwicklung scheint mir zu sein, dass sie Druck von links bekommt, und zwar im Zusammenwirken von außerparlamentarischem Druck und dem Anwachsen einer Konkurrenzpartei links von ihr. Das ist die einzige Sprache, die die SPD versteht. Selbstverständlich wird auch das Wirken linker Kräfte innerhalb der SPD weiter nötig sein, aber die wird es immer geben, solange die SPD die relativ linkere der großen Parteien ist und ihrer Tradition nicht völlig abgeschworen hat, und sie werden stärker werden im Zuge stärkeren Drucks von links. Aus meiner Sicht gibt es für SozialistInnen

wichtigere Aufgaben, als sich in der SPD zu bemühen und dabei zu erheblichen Anteilen aufzureiben oder anzupassen.

Handlungsmöglichkeiten der Subjekte

Letztlich ist die Frage, die jede und jeder für sich selbst beantworten muss, in welchem organisationspolitischen Rahmen er oder sie am wirkungsvollsten und perspektivreichsten und ohne sich besonders zu verbiegen politisch aktiv sein will und kann. Die politischen und persönlichen Rahmenbedingungen und Perspektiven und psychischen Dispositionen sind da unterschiedlich. Es gibt eine Reihe guter und für mich nachvollziehbarer Gründe, weiter in der SPD aktiv zu sein oder auch nur Mitglied zu bleiben. Insbesondere für Funktions- oder MandatsträgerInnen würde es zunächst einen erheblichen Verlust politischer Einflussmöglichkeiten mit sich bringen. Regional stellt sich die Lage oft noch positiver dar als ich sie hier skizziert habe. Auch die Jusos bieten für etliche noch lohnende Handlungsmöglichkeiten. Die Alternativen sind auch zunächst nicht sehr attraktiv, zumal eine ernstzunehmende Abspaltung unter Mitnahme der Mandate, deren Kern eine relevante Gruppe von MdBs sein müsste, nicht zu erwarten ist.

Ich sehe für mich jedenfalls keine Perspektive in der SPD. Ich entwickle und vertrete meine Positionen unabhängig von ihrer Mehrheitsfähigkeit oder auch nur Akzeptanz in der SPD und stelle fest, dass die SPD sich so weit nach rechts entwickelt hat, dass das nicht mehr zusammenpasst. Wenn in den öffentlich zwischen den Parteien ausgetragenen Auseinandersetzungen regelmäßig die Positionen und Argumente der PDS-VertreterInnen der eigenen Auffassung bei weitem am nächsten kommen, die der in der SPD dominierenden Kräfte aber meist nur als gegnerisch betrachtet werden können, muss das irgendwann organisationspolitische Konsequenzen haben. Zumal ich es auf absehbare Zeit jedenfalls auf Bundesebene für unvertretbar halte, für die Wahl der SPD einzutreten, sondern es für richtig und notwendig halte, PDS zu wählen, und dies auch offen und öffentlich zu vertreten. Solches Verhalten dürfte mit der weiteren Mitgliedschaft in der SPD nicht vereinbar sein.

Literaturangaben

AG Finanzen 1996: Arbeitsgruppe Finanzen des Frankfurter Kreises: Solidarische Finanzpolitik statt Kapitulation vor der "Globalisierung", in: spw 6/96

Brosch-Guesnet: Oliver Brosch-Guesnet: Der Name des Schiffes. Anmerkungen zum politischen Selbstverständnis der "MarxistInnen in der SPD", in: spw 5/93

- Buntenbach/Dräger: Annelie Buntenbach, Klaus Dräger: Nicht alles anders, aber vieles besser?, Manuskript Sept. 1999
- Editorial. Erklärung der Herausgeber und Herausgeberinnen der spw, in: spw 1/94
- Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, hrsg. vom Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe, Berlin 1980
- Infratest dimap: DeutschlandTREND Oktober 1999
- Krämer 1999: Ralf Krämer: "Es gibt keine Alternative." - Dummes Geschwätz!, in: spw 5/99
- Krämer 1998: Ralf Krämer: Drei Ziele - kein Weg: Neo-Sozialdemokratie, in: spw 3/98
- Krämer 1996: Ralf Krämer: Die SPD-Linke nach dem Mannheimer Parteitag, in: spw 2/96
- Krämer 1994: Ralf Krämer: Kanzlerwechsel verfehlt, in: spw 6/94
- Oertzen 1993: Peter von Oertzen: Das Kreuz mit der Identität der "Linken", in: spw 6/93
- Oertzen 1998: Peter von Oertzen (Interview): Die Rolle der SPD ist erschöpft, in: Sozialismus 6/98
- Projekt Moderner Sozialismus - 53 Thesen, hrsg. von Susi Möbbeck, Fiete Saß, Birgit Zoerner, Berlin/Dortmund 1989
- Scholz: Olaf Scholz: Falsche Themen und die Zukunft des sozialen Staates, in: spw 4/99
- Vester: Michael Vester: Gibt es eine 'neue Mitte'?, Die gesellschaftliche Basis für eine sozialdemokratische Reformpolitik, in: spw 1/2000